

Stand: 20.04.2026 07:53:38

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/6211

"Insektensterben stoppen, Menschen und Umwelt schützen: Pestizideinsatz in Bayern deutlich reduzieren und Aktionsprogramm der Bundesregierung unterstützen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/6211 vom 06.02.2020
2. Beschluss des Plenums 18/6381 vom 06.02.2020
3. Plenarprotokoll Nr. 39 vom 06.02.2020



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

Insektensterben stoppen, Menschen und Umwelt schützen: Pestizideinsatz in Bayern deutlich reduzieren und Aktionsprogramm der Bundesregierung unterstützen!

Der Landtag wolle beschließen:

Sowohl die Gesamtmenge als auch die Artenvielfalt der Insekten in Bayern sind in den letzten Jahrzehnten drastisch zurückgegangen. Da die Insekten ein integraler und unverzichtbarer Bestandteil der biologischen Vielfalt sind, spielen sie im Ökosystem eine lebenswichtige Rolle.

Aus diesem Grund begrüßt der Landtag das Aktionsprogramm Insektenschutz der Bundesregierung und fordert die Staatsregierung auf, bessere Maßnahmen gegen das Insektensterben als bisher zu ergreifen und sich auf Bundesebene für eine zügige und praxistaugliche Umsetzung des Programms einzusetzen.

Dabei soll vor allem sichergestellt werden, dass

- durch ein bayerisches Aktionsprogramm die Anwendung von Pestiziden deutlich reduziert wird,
- der Schutz von Gesundheit und Trinkwasser oberste Priorität hat,
- die Artenvielfalt, insbesondere der Insekten, durch den Spritzmitteleinsatz nicht geschädigt wird,
- dort, wo Pestizide noch eingesetzt werden müssen, die gute fachliche Praxis beim Einsatz sichergestellt und überprüft wird,
- der Ausstieg aus der Anwendung von Glyphosat so schnell wie möglich, aber spätestens bis Ende 2023 erfolgt,
- eine intelligente Vernetzung und Wiederherstellung von Lebensräumen in Zusammenarbeit mit den Landnutzern erfolgt,
- die Programme für die Anpassung der landwirtschaftlichen Nutzung finanziell ausreichend sind, um die Akzeptanz für das Aktionsprogramm zu gewährleisten,
- genügend Mittel für die Erforschung von Alternativen zur Verfügung stehen und
- die Vorgaben für Haus- und Kleingärten ebenfalls hinsichtlich des Insektenschutzes überarbeitet werden.

Begründung:

Die ehrenamtlichen Mitglieder des Entomologischen Vereins Krefeld haben in den vergangenen 27 Jahren an insgesamt 63 verschiedenen Orten in Nordrhein-Westfalen,

Brandenburg und Rheinland-Pfalz Fallen aufgestellt. Das erschreckende Ergebnis: Seit 1989 ist die Masse der Insekten um durchschnittlich 76 Prozent zurückgegangen.

Die dramatische Entwicklung und der starke Rückgang der Insektenpopulation, die aufgrund der Bestäubung, aber auch als Nahrungsquelle für andere Tierarten unverzichtbar für unser Ökosystem ist, wurden im Mai 2019 im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz durch den Vortrag bayerischer Naturwissenschaftler bestätigt.

Die neue Studie „Langfristige Bestandsentwicklung von Schmetterlingen in Bayern“ zeigt zudem, wie dramatisch vor allem die Entwicklung bei den Schmetterlingen ist. Für die Untersuchung wurden 2160 sogenannte Altnachweise der 90 Arten zwischen 1980 und 2008 mit den Ergebnissen erneuter Kontrollen der Fundstellen in den Jahren 2010 bis 2017. Das erschreckende Ergebnis: 65 Prozent der Altnachweise konnten nicht mehr bestätigt werden.

Im Herbst 2019 bestätigte ein Forscherteam um Sebastian Seibold und Wolfgang Weisser von der Technischen Universität München den dramatischen Rückgang der Insekten an Masse und Vielfalt. Sie veröffentlichten ihre Ergebnisse im Oktober 2019 in der Fachzeitschrift Nature. Die umfangreichen Untersuchungen zwischen 2008 und 2017 zeigen, dass die Artenzahl sowohl auf Wiesen als auch in Wäldern um etwa ein Drittel zurückgegangen ist. Auch die Gesamtmasse nahm massiv ab, in Graslandschaften sogar um 67 Prozent. Im Wald schrumpfte sie um rund 40 Prozent. Nach Meinung der Forschung hängt der massive Rückgang offenbar mit der Landwirtschaft zusammen.

Wer heute noch den Rückgang der Insektenpopulation leugnet, verkennt den Ernst der Lage – oder will bewusst darüber hinwegtäuschen! Das Aktionsprogramm Insektenschutz der Bundesregierung kann dazu beitragen, den dramatischen Schwund zu stoppen. Bayern muss aber darüber hinaus die Maßgaben des erfolgreichen Volksbegehrens Artenvielfalts ohne Abstriche und faule Tricks umsetzen und den Pestizideinsatz zum Schutz von Menschen und Umwelt deutlich reduzieren.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayer und Fraktion (SPD)

Drs. 18/6211

Insektensterben stoppen, Menschen und Umwelt schützen: Pestizideinsatz in Bayern deutlich reduzieren und Aktionsprogramm der Bundesregierung unterstützen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Nikolaus Kraus

Abg. Florian von Brunn

Abg. Gisela Sengl

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Ralf Stadler

Abg. Christoph Skutella

Abg. Martin Schöffel

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zur weiteren gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Nikolaus Kraus u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU)

Landwirtschaftsverträgliche Umsetzung des Aktionsprogramms Insektenschutz der Bundesregierung (Drs. 18/6159)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild u. a. und Fraktion (SPD)

Insektensterben stoppen, Menschen und Umwelt schützen: Pestizideinsatz in Bayern deutlich reduzieren und Aktionsprogramm der Bundesregierung unterstützen! (Drs. 18/6211)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist der Kollege Nikolaus Kraus für die FREIEN WÄHLER.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Naturparks, Nationalparks, Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, FFH-Gebiete, EU-Vogelschutzgebiete, Biosphärenreservate – wenn man sich die Mühe macht, in den BayernAtlas zu schauen, dann wird man feststellen, dass ein Großteil der bayerischen Fläche unter besonderem Schutz steht. Auf den ersten Blick würde ich sagen, dass es zwei Drittel der Fläche oder vielleicht 60 % sind. Es handelt sich tatsächlich um eine ganz große Fläche.

Ich weiß nicht, ob ein Abgeordneter schon einmal die Ausweisung von Schutzgebieten von der Meldung bis zur Umsetzung begleitet hat. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass leider sehr viel Vertrauen verspielt worden ist. So wurde übereinander,

aber nicht miteinander geredet. Jeder Grundstückseigentümer ist sich seiner Verantwortung für das Eigentum bewusst: Eigentum verpflichtet. Wenn aber Eigentümer nicht informiert werden – was im heutigen Zeitalter der Digitalisierung mehr als selbstverständlich sein sollte –, dann ist das sehr schade. Nur was man kennt, möchte man auch schützen.

Jetzt möchte der Bund ab 2021 die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und von Bioziden in einem Großteil dieser Gebiete verbieten. Wir sprechen von weit über der Hälfte der bayerischen Fläche.

(Florian von Brunn (SPD): Woher kommen denn diese Zahlen? Das stimmt doch gar nicht!)

– BayernAtlas. Biozide dürften den meisten nicht so bekannt sein. Biozide werden in nicht agrarischen Bereichen unter anderem zur Bekämpfung von Schädlingen eingesetzt. Wir sind uns vermutlich darüber einig, dass Ratten, Mäuse, teilweise Insekten wie Schnecken und Schaben auch Schädlinge sind. Heute haben alle Abgeordneten im Bayerischen Landtag die Gelegenheit, sich hinter die bayerischen Bauern, die von diesem Damoklesschwert bedroht sind, zu stellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Da spielt es wahrhaftig keine Rolle, ob diese Höfe konventionell oder biologisch bzw. ökologisch wirtschaften. Sowohl biologisch/ökologisch als auch konventionell wirtschaftende Landwirte sind gut ausgebildet. Jeder lernt in der Ausbildung – zudem gibt es sowieso die gesetzlichen Vorgaben –, dass Pflanzenschutzmittel nur nach Bedarf eingesetzt werden dürfen, nach Schadensschwelle. Die Technik wird hier strenger überprüft als in manch anderen Bereichen.

Wir akzeptieren die Regelungen des Bayerischen Naturschutzgesetzes. Wir wissen, dass wir in Deutschland damit weit vorne liegen. Wir begrüßen auch die überaus erfolgreichen freiwilligen Maßnahmen, die sehr gut umgesetzt worden sind. Das KULAP

ist schon oft genannt worden. Auch die Vertragsnaturschutzprogramme sind zu nennen. 20.000 bayerische Landwirte sind in Vertragsverhältnissen. Diese wertvollen ökologischen Gebiete tragen somit zum Erhalt vieler bedrohter Arten bei. Warum zum Erhalt? – Wir leben nun einmal in einer geprägten Kulturlandschaft. Diese ist von den Eigentümern geprägt worden, weil die Gebiete seit Jahrzehnten und teilweise seit Jahrhunderten so bewirtschaftet wurden, sonst würde es das alles nicht mehr geben.

Pflanzenschutz muss natürlich dort, wo erforderlich, auch eingesetzt werden können. Lebensräume sind durch die Bewirtschaftung entstanden, und einige Kulturen kann man ohne Pflanzenschutzmittel fast nicht anbauen, auch wenn mir vor Kurzem erstmals berichtet worden ist, dass mittlerweile einige bayerische Bauern Raps auf Biobasis anbauen. Das war bisher meines Wissens nicht der Fall.

Aber wir sollten unbedingt die Eigentümer mit ins Boot nehmen. Das ist sehr wichtig. Geben wir der bayerischen Landwirtschaft die Chance, das Land mit den hochwertigsten gesunden Lebensmitteln zu versorgen.

Aber nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die Forstwirtschaft gehört dazu. Ich habe es vor Kurzem schon einmal erwähnt. Woher kommt der Begriff der Nachhaltigkeit, den jeder mittlerweile gebraucht, ja, fast schon missbraucht? Der Begriff der Nachhaltigkeit stammt von Carlowitz und ist vor 300 Jahren aus der bayerischen Forstwirtschaft entstanden. Er hat damals schon gesagt, man sollte nicht mehr entnehmen, als nachwächst. Das ist sehr wichtig. Mittlerweile schmücken sich allerdings ganz viele Leute mit fremden Federn.

Unser Antrag ist, wie ich bereits ausgeführt habe, sehr gut. Ich würde mich freuen, wenn der Bayerische Landtag die einmalige Chance zum Wohle unserer bayerischen Bauern nutzen würde.

Von der SPD ist dann allerdings auch noch ein Dringlichkeitsantrag eingebracht worden. Wir könnten die ganzen Punkte durchgehen, aber eigentlich müsstet ihr ja selbst

wissen, dass das im Grunde bereits erledigt ist: Der Pestizideinsatz wird deutlich reduziert.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Im Antrag steht auch etwas über den Schutz von Gesundheit und Trinkwasser als oberste Priorität. Wie ist denn unser Trinkwasser? Ich kenne Trinkwasserbrunnen und ihr hoffentlich auch. Und glaubt mir: Das Wasser ist gut. Wir sind stolz auf unser gutes bayerisches Trinkwasser. Ich glaube nicht, dass ihr schlechtere Brunnen in der Gegend habt als ich.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wenn dem so wäre, wäre das nicht unsere Verantwortung, denn fast alle kommunalen Trinkwasserversorgungswerke liefern bestes, gesündestes und bestens untersuchtes Trinkwasser.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Das ist im Grunde ganz wichtig.

Wenn ich dann die Passage von der Schädigung der Artenvielfalt bei Insekten durch den Spritzmitteleinsatz lese, liefert mir das ein weiteres Schlagwort. Wie wäre es, wenn wir uns auf den Begriff "Pflanzenschutzmittel" einigten? Denn, wie der Name sagt, gehört die Pflanze geschützt. Gift ist eine Frage der Dosierung. Das hat schon Paracelsus gesagt. Wenn man ein ganzes Päckchen Globuli auf einmal schluckte, hätte man auch ein Problem,

(Beifall und Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

wobei ich von Globuli sonst sehr viel halte. Ich weiß das nämlich aus eigener Erfahrung.

Selbst ökologisch wirtschaftende Bauern müssen ihre Felder vor Krankheiten, Ungeziefer und Insekten schützen. Denn auch diese Bauern wollen von ihrem Ertrag leben können.

Was steht bei euch sonst noch im Antrag? – Die ganzen Programme. Da sind wir uns einig, man braucht alles, was der bayerische Haushalt an finanziellen Möglichkeiten bietet, um die Landwirtschaft zu unterstützen. Ich hoffe, dass dann, wenn entsprechende Haushaltsanträge kommen, ihr uns darin unterstützt, genügend Mittel für die Erforschung von Alternativen zur Verfügung zu stellen.

Ihr möchtet den Besitzern von Haus- und Kleingärten vorschreiben, was zu tun ist, wenn es um den Insektenschutz geht. Ich vertraue auf den gesunden Menschenverstand, dass die Leute schon wissen, was sie einsetzen können und was nicht. Wir sind der Meinung: Schützen durch Nützen. Das ist sehr oft auch der Fall.

In der Begründung des SPD-Antrags steht im letzten Absatz etwas von faulen Tricks. Das müssen Sie mir mal erklären. Wir haben ein Gesetz, das angewandt wird. Aber die faulen Tricks, das gefällt mir überhaupt nicht. Der Pestizideinsatz wird zum Schutz von Umwelt und Menschen bereits heute deutlich reduziert. Das gibt es schon.

Ich darf zusammenfassen: Unser Antrag ist gut, wir haben die historische Chance, uns im Bund für die bayerische Landwirtschaft einzusetzen. Den SPD-Antrag lehnen wir natürlich ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kraus. – Nächster Redner ist der Kollege Florian von Brunn für die SPD.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Die FREIEN WÄHLER machen sich Sorgen darüber, dass in Bayern nicht mehr genug Pestizide zum Einsatz kommen. Ich dachte zunächst, ihr wolltet die CSU als Glypho-

sat-Partei Nummer eins und als Chemie-Partei Nummer eins ablösen. Ich erinnere an Christian "Glyphosat" Schmidt, der uns das alles eingebracht hat.

Jetzt bei der Rede von Nikolaus Kraus habe ich allerdings festgestellt, dass er offensichtlich Fehlinformationen hat. 13,7 % der bayerischen Landesfläche unterliegen Naturschutzziele inklusive Natura 2000. 13,7 %! Das sind nicht 60 % oder irgendetwas in der Größenordnung.

Und nun möchte ich noch mal darauf zu sprechen kommen, warum wir den Pestizideinsatz dringend reduzieren müssen. Wir verzeichnen einen massiven Rückgang der Insektenpopulation. Insekten sind wichtige Bestäuber, wichtig für die Landwirtschaft, und sie sind eine wichtige Nahrungsquelle für andere Tierarten. Sie spielen in unserem Ökosystem und für unser eigenes Überleben eine zentrale Rolle.

Wie ist nun die Situation? Fast 80 % Rückgang seit 1989 hat die Krefelder Studie nachgewiesen. Wir haben es schon im Umweltausschuss von den Experten gehört, die im Mai letzten Jahres dort vorgetragen haben: Wir haben einen drastischen Insektenrückgang in Bayern. Es gibt neue Studien zur Bestandsentwicklung von Schmetterlingen. Auch hier geht der Trend dramatisch nach unten. Erst im Herbst letzten Jahres haben Forscher der TU München festgestellt, dass gerade in der Graslandschaft fast 70 % der Insekten vor allem wegen der intensiven Landwirtschaft verloren gegangen sind. Aus diesen Gründen müssen wir etwas tun und dürfen nicht, wie Sie es fordern, weitermachen wie bisher.

Wir haben vorgeschlagen – über das hinaus, was ihr jetzt machen müsst, weil ihr das Volksbegehren zur Artenvielfalt nicht freiwillig übernommen habt –, ein bayerisches Aktionsprogramm zur Reduzierung von Pestiziden aufzustellen. Das Umweltbundesamt hat anhand von Studien am Beispiel der gängigsten Weizenarten vorgerechnet, dass man um 50 % reduzieren kann bei 9 % durchschnittlichem Ertragsrückgang. Das lässt sich ausgleichen.

Wir wollen die Gesundheit von Menschen schützen, wir wollen dafür sorgen, dass es Alternativen zu Pestiziden gibt. Natürlich müssen Pestizide bei besonderem Schädlingsbefall noch eingesetzt werden. Aber wie widersinnig ist es doch, in Naturschutzgebieten Pestizide einzusetzen und damit dort die Nahrungsgrundlagen für andere Tierarten wie die Insekten zu vernichten. Das widerspricht den Zielen des Naturschutzes. Deshalb bin ich froh, dass sich Frau Klöckner von der CDU als Landwirtschaftsministerin und Svenja Schulze als Umweltministerin von unserer Partei darauf einigen konnten, ein Aktionsprogramm Insektenschutz zu erstellen, mit dem das Spritzen in Naturschutzgebieten in Zukunft nicht mehr möglich ist.

Wir brauchen eine verstärkte Förderung von Forschung in diesem Bereich. Wir brauchen mehr Unterstützung für die Landwirtschaft, die keine Pestizide mehr einsetzt. Es gibt aus meiner Sicht keine Alternative. Es ist der richtige Weg. Eurem Antrag werden wir nicht zustimmen. Wir bitten aber um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr von Brunn. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gisela Sengl für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Schade um die Diskussion zu diesem Antrag. Ich dachte, wir wären schon viel weiter. Wir haben Wochen intensiver Auseinandersetzung über die ganzen Themen hinter uns, und jetzt haben wir einen Minimalkonsens auf Bundesebene, der hart errungen wurde, und sogar gegen diesen Minimalkonsens seid ihr nun. Das ist traurig. Ich habe das Gefühl, ihr habt gar nicht begriffen, was los ist.

Inzwischen hat sich die Lage bis auf "Land schafft Verbindung" beruhigt. Da wird ganz klar gefordert, dass das Insektenschutzprogramm der Bundesregierung wieder kommen muss. Der Antrag, den ihr heute stellt, beweist nur, ihr seid eine Klientelpartei. Ihr habt immer noch nicht begriffen, dass wir alle hier im Hohen Hause für das Allgemeinwohl einzutreten haben und nicht für bestimmte Lobbygruppen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

– Nein, ich glaube nicht, dass "Land schafft Verbindung" die ganze Bauernschaft vertritt – bei Weitem nicht.

(Anhaltende Zurufe und Unruhe)

Es ist schon vieles gesagt worden. Wenn wir hier nicht mehr fähig sind, einen Minimalkonsens herzustellen, dann frage ich schon, wofür wir hier jetzt im Sitzungssaal sind, nachdem wir uns bereits im Agrarausschuss über diese Themen auseinandergesetzt haben und dabei weit positivere Gespräche geführt haben. Der Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel ist einer der Haupttreiber des dramatischen Artensterbens, das wir zurzeit haben. Dieses dramatische Artensterben ist fast noch schlimmer als der Klimawandel. Ich glaube, das ist uns allen noch gar nicht bewusst. Wenn wir etwas gegen das Artensterben tun wollen, dann müssen wir uns gegen den Einsatz von Chemie in der Landwirtschaft wenden. Die Zahlen liegen auf dem Tisch: Der Preis für den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln pro Hektar liegt im konventionellen Anbau bei 110 Euro, im Bioanbau bei 7 Euro. Hier sieht man den Unterschied.

Vorhin wurde gesagt, für die Betriebe wäre es existenzgefährdend, wenn sie plötzlich auf chemische Pflanzenschutzmittel verzichten müssten. – Das ist es bei Weitem nicht! Das Thünen-Institut hat im Oktober 2019 herausgefunden, was die biologische Landwirtschaft für die Artenvielfalt bringt. Das alles sind bewiesene Daten und Fakten. An diese sollten wir uns halten. Der ökologische Landbau beweist schon sehr lange, schon seit Jahrzehnten, dass eine Landwirtschaft ohne Chemie möglich ist. Von dieser Praxis des ökologischen Landbaus könnten wir uns einiges abschauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich halte es nicht für richtig, mit falschen Zahlen zu operieren und zu sagen: Auf 60 % der Landesfläche dürften dann keine Pflanzenschutzmittel mehr eingesetzt werden.

Nicht einmal 13,7 % der Fläche unterliegen der landwirtschaftlichen Nutzung. Ich halte es nicht für richtig, dass hier Ängste geschürt werden.

(Martin Schöffel (CSU): Wer schürt denn Ängste?)

Hier wird mit Zahlen hantiert, die nicht stimmen. Wir schüren keine Ängste, sondern zeigen Lösungen auf. Sie behaupten, unsere Feststellung, dass es einen dramatischen Artenschwund gibt, sei das Schüren von Ängsten. Es tut mir leid: Dann ist die CSU genau so weit wie die FREIEN WÄHLER oder die AfD, die bis heute leugnet, dass wir irgendwelche Umweltprobleme haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Übrigen muss ich ganz ehrlich sagen: Dass sich die Bundesregierung entschlossen hat, dieses Insektenschutzprogramm aufzulegen, ist ein winzig kleiner Anfang. Auch der Rechnungshof der Europäischen Union sagt ganz klar: Die EU hat bei der Pestizid-Strategie versagt. Die EU hat Pestizid-Minimierungsziele aufgestellt. Die CSU hat auch erklärt, was sie alles minimieren will. Die FREIEN WÄHLER sind hier mit ihrem Koalitionspartner nicht ganz einverstanden.

Ich glaube, Sie sollten es nicht zu weit treiben. Ich finde es gut, dass wir nach dem Volksbegehren inzwischen wieder so weit sind, wieder mit allen Gruppen reden zu können. Mit einem solchen Antrag zerstören Sie den mühsam wieder aufgebauten Dialog. Deshalb lehnen wir den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER und der CSU ab und stimmen dem Dringlichkeitsantrag der SPD zu.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Sengl, bitte bleiben Sie noch am Mikrophon. Wir haben eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Gabi Schmidt von den FREIEN WÄHLERN.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Gisela Sengl, du weißt, ich habe selbst einen Bio-Betrieb. Ich werde wieder und wieder und wieder sagen, dass ich nicht bereit bin, unsere Landwirtschaft in gute Bauern und schlechte Bauern auseinanderzuidividieren. Wir alle produzieren Lebensmittel.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Eines möchte ich dir sagen: Jeder weiß, dass wir Artenschutz betreiben müssen. Jeder weiß, dass wir Insekten schützen müssen. Jeder weiß, dass wir Klimaschutz betreiben müssen. Die Landwirte sind dazu bereit und tun dies auf ihren Flächen. In den Achtzigerjahren war das große Problem, dass Menschen verhungert sind. Sieh dir einmal an, wie Spanien im Sommer aussieht. Unsere Grundaufgabe ist es, Lebensmittel zu produzieren. Wir wollen Menschen ernähren, und das in guter Qualität. Deshalb darfst du nicht so weitermachen und behaupten, die einen Bauern seien die Guten und die anderen die Schlechten. – Die Rückstände werden genau untersucht und nachgewiesen. Wir haben eine gute Lebensmittelkontrolle.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Sengl hat das Wort.

Gisela Sengl (GRÜNE): Ich weiß nicht, ihr redet nicht nur der Lobbygruppe "Landschaft Verbindung" das Wort, sondern verteidigt offenbar auch die Pharmaindustrie. Ich habe das nicht nötig. Ich möchte nur die Daten nennen. Das Thünen-Institut ist ein wissenschaftliches Institut der Bundesregierung. Dieses hat festgestellt, dass auf den Äckern, die biologisch bewirtschaftet werden, 95 % mehr Pflanzenarten, 35 % mehr Feldvögel und 23 % mehr blütensuchende Insekten vorhanden sind. Außerdem ist dort der Humusanteil um 26 % höher. Ich denke, das sind gute Zahlen, aus denen man lernen kann.

Diese Zahlen sollten wir uns zum Ziel nehmen und versuchen, sie auch im konventionellen Anbau zu erreichen. Hier geht es nicht um gut oder schlecht, sondern um die

Probleme, die wir haben. Die Probleme, die wir haben, müssen wir lösen. Dafür sitzen wir hier. Jetzt wird uns eine Lösung präsentiert. Deshalb wäre es nur vernünftig, wenn wir diesen Lösungsweg beschreiten würden.

Eine Landwirtschaft ohne Chemie ist sehr wohl möglich. Wir könnten auch die Menschheit ernähren, würden wir nicht 30 % der Lebensmittel wegschmeißen. Das ist nur eine Zahl. Es gibt noch viele andere Zahlen als Beweis dafür.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Bayerbach, für eine Intervention müssen Sie sich während der Hauptrede melden. So wurde es im Ältestenrat vereinbart. – Frau Sengl, vielen herzlichen Dank. – Als nächsten Redner rufe ich für die AfD-Fraktion Herrn Abgeordneten Stadler auf.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Aktionsprogramm Insektenschutz der Bundesregierung ist eher Aktionismus als Aktion. Das Artensterben hat bekanntlich viele Ursachen. Für die Bienen ist die eingeschleppte Varroamilbe die größte Bedrohung. Für viele Insekten sind die größten Bedrohungen nächtliche Lichtquellen und nicht zuletzt Windkraftschredderanlagen.

Sollten Sie wirklich Mensch und Umwelt schützen wollen, und wären Sie wirklich am Wohl der eigenen Landwirte interessiert, hätten Sie die unrealistischen Forderungen des von Städtern erfundenen Volksbegehrens ablehnen müssen.

(Unruhe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, den Geräuschpegel zu reduzieren, damit wir Herrn Stadler zuhören können. Das gilt nicht nur für diese Fraktion, sondern auch für alle anderen.

Ralf Stadler (AfD): Danke. – Wollten Sie wirklich etwas für die heimischen Bauern tun, würden Sie für faire Erzeugerpreise sorgen und das Preisdumping der Handelskonzerne wirksam unterbinden. Nirgendwo in Europa sind die Nahrungsmittel so billig wie in Deutschland. Nirgendwo sind die Auflagen für Natur- und Tierschutz so hoch wie bei uns. Tun Sie also bitte schön nicht so, als wollten Sie mit diesem Schaufensterantrag etwas für die Landwirte erreichen. Das ist alles nur Augenwischerei.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist Herr Kollege Christoph Skutella für die FDP.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Studien um Studien zeigen, dass in unserem Land Biodiversität und Artenvielfalt weiter abnehmen. Um die Natur als Schutzgut zu bewahren, aber auch, um unsere Lebensgrundlagen zu sichern, ist es Aufgabe der Politik, den Schutz unserer Artenvielfalt, besonders aber den Schutz von Insektenpopulationen, zu gewährleisten.

Das Thema wurde mittlerweile auch auf der Bundesebene aufgenommen, und es wurde ein Aktionsprogramm erstellt, das mitunter weitreichende Folgen für die Forst- und Landwirtschaft mit sich bringt.

Neben der Schaffung und Bewahrung von Habitaten und Lebensräumen sowie verschiedener Förderanreize, die größtenteils zu befürworten sind, finden sich hier auch Vorgaben zum Einsatz von Pestiziden. Der Bund möchte ab 2021 die – Zitat – "Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und Bioziden [...] in ökologisch besonders schutzbedürftigen Bereichen" verbieten.

Was sich auf den ersten Blick gut liest, muss bei guter fachlicher Praxis hinterfragt werden; denn gerade weil in ökologisch wichtigen Bereichen wie zum Beispiel den Streuobstwiesen extensive Landwirtschaft betrieben wird, kann eine hohe Artenvielfalt und Biodiversität erst sichergestellt werden. Deshalb ist es nicht nur für die Landwirte,

sondern auch für die Schutzgebiete wichtig, menschliche Eingriffe, und sei es auch durch Pflanzenschutzmittel, weiterhin im Rahmen der guten fachlichen Praxis zu erlauben.

Wir würden es begrüßen, wenn der Freistaat die Möglichkeit wahrnähme, Waldflächen von einem Pestizidverbot auszunehmen, vor allem, da es sich in diesen Fällen von Pestizideinsatz meist um Maßnahmen für den Walderhalt handelt und es nicht um die reine Steigerung des Ernteertrags geht.

Aus den genannten Gründen stimmen wir dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER und der CSU zu. Den Dringlichkeitsantrag der SPD lehnen wir ab. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Skutella. – Für die CSU-Fraktion hat Herr Kollege Martin Schöffel das Wort.

Martin Schöffel (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den intensiven Diskussionen der letzten Wochen müsste eigentlich jeder begriffen haben, dass unsere Bauern unter einem extremen Druck stehen. Aber das, was heute von SPD und GRÜNEN vorgetragen wurde, trifft die Bauern ins Mark.

(Florian von Brunn (SPD): Hätten Sie sich mal lieber um die Milchpreise gekümmert!)

Sie wollen keine Planungssicherheit, sondern Sie treiben die Bauern auf die Straße.

(Florian von Brunn (SPD): Sie sind doch schuld, wenn die Bauern auf die Straße gehen!)

Sie sorgen dafür, dass junge Landwirte diesen Beruf nicht erlernen. Sie wollen Konfrontation statt Kooperation.

(Florian von Brunn (SPD): Sie haben doch Bauern in den Bankrott getrieben! Die CSU hat regiert!)

Das lehnen wir ab, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der CSU: Bravo!)

Was die Bauern brauchen, das sind Signale, dass sie unser Vertrauen genießen, dass sie nicht alles falsch machen, sondern dass die gute fachliche Praxis auch weiterhin die Grundlage ist, dass sich die Politik verständigt und Planungssicherheit herstellt. Das war vorhin auch das Thema als Aufforderung für den Bundesrat. Wir wollen vereinen, nicht spalten. Wir wollen den Weg zusammen mit den Landwirten gehen. Die Meinung der Praxis muss ernst genommen werden. Selbstverständlich nehmen wir Umweltschutz ernst. Selbstverständlich nehmen wir das Artensterben ernst, und das gilt auch für gesellschaftliche Erwartungen. Lösungen gibt es aber nur, wenn alle mitmachen, wenn umsetzbare Lösungen gefunden werden, und zwar mit Anreizen statt Verboten und mit einem Ausgleich für entstandene Eingriffe.

Wir wollen die Artenvielfalt erhalten und, wo möglich, verbessern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, da sind aber alle gefordert. Da braucht es weniger Flächenversiegelung, da muss geprüft werden, welche Auswirkungen Windräder haben, der Klimawandel, der Verkehr und der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in privaten Gärten und Parkanlagen und natürlich auch in der Landwirtschaft.

Unsere Bäuerinnen und Bauern – das muss man ihnen zugutehalten – haben ein großes Interesse an einer intakten Natur. Sie brauchen gesunden Boden, die natürlichen Lebensgrundlagen und natürlich auch ein gutes Klima.

Die Bundesregierung, die Bundesumweltministerin, hätte gut daran getan, wenn sie das, was wir in Bayern im letzten Jahr besprochen und für mehr Artenvielfalt ausgehandelt haben, auch für den Bund übernommen hätte. Aber nein, Schulze setzt gewaltig drauf, ohne mit den Bauern zu sprechen, ohne mit den Bäuerinnen und Bauern die

Auswirkungen zu besprechen, ohne Vernunft und ohne Verstand. Ihre Bundesumweltministerin hätte gut daran getan, wenn sie sich mit der Praxis und den Realitäten auseinandergesetzt hätte.

Auch wir wollen weniger Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Dafür gibt es vielfältige Ansatzpunkte. Es ist eine Zielformulierung, die die ganze Gesellschaft betrifft. Wir unterstützen in Bayern den Öko-Landbau wie kein anderes Bundesland. Die Produkte muss der Markt dann aber auch abnehmen. Wir unterstützen die Digitalisierung im Zusammenhang mit mechanischer Unkrautbekämpfung. Es muss aber auch tierschonend sein für Insekten, für Vögel und Kleintiere, wenn ich den Striegel und mehr Mechanik einsetze. Deshalb brauchen wir hier Entwicklung, wir brauchen praxistaugliche Lösungen. Wir brauchen die Verringerung beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in Parks und Gärten. Dazu gibt es Bundesratsinitiativen. Es können Alternativen zu Totalherbiziden entwickelt werden bei Zwischenfrüchten. Nach Zwischenfrüchten und vor erosionsmindernden Bestellverfahren ist das möglich, doch dafür brauchen wir erst einmal eine intakte Zwischenfrucht. Dann brauchen wir ein entsprechendes Anbauverfahren. Wir wollen die Fruchtfolge weiter ausweiten. Wir wollen den Landwirten mit unserem Kulturlandschaftsprogramm Angebote machen. Dadurch werden Problemunkräuter unterdrückt. In der Forschung sind andere Verfahren zur Unkrautunterdrückung in Obst- und Weinbau. In unserem Kulturlandschaftsprogramm haben wir viele neue Programme aufgelegt. Wir haben uns auch immer stark gemacht für ein Verbot von bienengefährlichen Neonicotinoiden.

Das alles sind Ansätze, die wir auf den Weg bringen und so dem Wunsch nach einem verringerten Pestizideinsatz gerecht werden. Zur Wahrheit gehört aber auch: Um Totalverluste zu vermeiden, um Epidemien zu vermeiden und den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten, sind Pflanzenschutzmittel notwendig. Wir brauchen sie, um den Weizen gesund zu halten, Fusarien zu verhindern, Mykotoxine zu verhindern – das sind echte Gifte für Mensch und Tier. Wir brauchen sie gegen Kirschessigfliegen, zum Schutz von Streuobst- und Obstbeständen, zur Bekämpfung von Eichenprozessi-

onsspinner, Schwammspinner, Engerlingen und auch gegen eine Mäuseplage. – Wer die Situation im Itzgrund gesehen hat, musste feststellen: Da ist nicht nur alles braun, sondern es werden auch viele wertvolle Tier- und Pflanzenarten für immer vernichtet. – Herr Kollege von Brunn, sagen Sie uns doch einmal, wo in Naturschutzgebieten Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden!

(Florian von Brunn (SPD): Ich sage es Ihnen gleich!)

Das ist doch alles an den Haaren herbeigezogen. In gesetzlich geschützten Landschaftsbestandteilen, in gesetzlich geschützten Biotopen werden Pflanzenschutzmittel nicht eingesetzt. Wir haben das im Volksbegehren noch einmal betont. Auch für das Grünland haben wir strenge Regelungen getroffen. Wir akzeptieren in Berlin keine Regelungen, die über das Volksbegehren in Bayern hinausgehen, beispielsweise pauschale Verbote in großflächigen Vogelschutz- oder Landschaftsschutzgebieten.

(Florian von Brunn (SPD): Sie haben doch schon zugestimmt in der Regierung!
Immer schön bei der Wahrheit bleiben!)

Pflanzenschutzmittel haben ein umfangreiches Zulassungsverfahren hinter sich. Sie müssen von den Landwirten entsprechend eingesetzt werden dürfen, darauf haben diese ein Recht.

Ich will hier auch auf die FFH-Gebiete eingehen; die sind doch erst durch das bäuerliche Wirtschaften überhaupt entstanden. Es gilt ein Verschlechterungsverbot, aber es muss auch das Recht zur weiteren Bewirtschaftung gelten, so wie bisher.

Noch eines ist wichtig: Wenn Schutzkategorien während einer Maßnahme des Vertragsnaturschutzes oder des Kulturlandschaftsprogramms entstanden sind, dann haben die Bewirtschafter das Recht der Wiederaufnahme der früheren Bewirtschaftung nach unserem Bayerischen Naturschutzgesetz. Wir wollen aber, dass die Maßnahme fortgeführt wird. Deshalb brauchen wir kooperativen Naturschutz, Kooperation

statt Konfrontation und Verbesserungen im Miteinander und nicht im Gegeneinander, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Unsere Bauern nehmen unsere staatlichen Angebote intensiv an: Kulturlandschaftsprogramm, Vertragsnaturschutz, F.R.A.N.Z.-Projekt mit Demonstrationsbetrieben, Programm Lebendige Agrarlandschaften. – Es tut sich viel.

Pauschale Verbote lehnen wir ab. Wir setzen auf konkrete Schutzmaßnahmen auf freiwilliger Basis und mit einem entsprechenden Ausgleich. Den Antrag der SPD lehnen wir ab. Sie wollen noch mehr Kontrollen, auch beim Pflanzenschutz. Sie wollen noch mehr Kontrollen, wollen die Bauern noch mehr kontrollieren, sie sanktionieren.

Zum Thema Pflanzenschutzmittelreduktion habe ich, so glaube ich, das Notwendige gesagt. Das ist Politik der Staatsregierung, da gilt der Beschluss vom 17. Juli des letzten Jahres. Bald wird der erste Bericht im federführenden Fachausschuss hierzu gegeben. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, bleiben Sie bitte am Mikrofon. Die erste Zwischenbemerkung: Herr Abgeordneter Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Herr Kollege Schöffel, ich will Ihnen einmal etwas sagen: Seit 1999 ist die Zahl der Höfe in Bayern in Voll- und Nebenerwerb um über 40 % zurückgegangen. Wer regiert denn in Bayern? Wer stellt denn den Landwirtschaftsminister in Bayern? Wer stellt den Bundeslandwirtschaftsminister? – Seehofer, Aigner, Friedrich, Schmidt und jetzt seit ein paar Jahren Klöckner. Ihr seid voll verantwortlich für die Krise der Landwirtschaft! Ihr habt nichts gemacht dagegen, dass die Milchpreise verfallen. Ich finde, ihr solltet euch bei den Landwirten entschuldigen für die schlechte Politik, die die CSU in den letzten Jahren gemacht hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Das ist unglaublich! – Florian von Brunn (SPD): Immer auf die andern zeigen!)

Martin Schöffel (CSU): Herr Kollege von Brunn, Sie befassen sich doch überhaupt nicht mit der landwirtschaftlichen Realität in unserem Land. Sie brüllen hier nur herum und haben davon, was draußen passiert, überhaupt keine Ahnung.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Genau so ist es! – Weitere Zurufe von der CSU: Bravo, bravo!)

Es interessiert Sie überhaupt nicht, denn Ihnen geht es nur um die Schlagzeile.

(Alexander König (CSU): Ein Schaumschläger! Von Brüll!)

Wenn Sie glauben, dass Sie noch fünf Minuten weiterschreien müssen, damit Sie morgen wieder in der Presse stehen, dann kann ich Ihnen sagen: Das wird nicht funktionieren, denn wenn etwas so falsch ist, dann wird das auch durch noch so lautes Schreien nicht richtig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Der Herr von Brüll hat von nichts eine Ahnung!)

Wir haben in Bayern die meisten Höfe.

(Florian von Brunn (SPD): Die CSU steht doch dauernd für die großen Bauern ein!)

Wir haben in Bayern die Strukturen, die die Bevölkerung auch erwartet, eine vielfältige Landschaftsstruktur. Wir haben Grundwasser, das sauberer ist als in den Bundesländern, in denen die SPD und die GRÜNEN regieren.

(Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben einen viel höheren Anteil an ökologischem Landbau als Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen, wo die SPD und die GRÜNEN regieren. Vielleicht ist Ihnen entgangen, dass die Bundesministerin Schulze praktisch täglich –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, wenn Sie bitte zum Ende kommen.

Martin Schöffel (CSU): die Arbeit des Bundeslandwirtschaftsministeriums für die bäuerliche Praxis torpediert. Schauen Sie sich doch einmal um, was in der Bundespolitik tatsächlich passiert, bevor Sie hier so dummes Zeug durch die Gegend brüllen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, Ihre Wortwahl etwas zu dosieren.

(Alexander König (CSU): Groben Unsinn kann man nur mit groben Worten beantworten! – Unruhe)

Bitte bleiben Sie am Mikrofon, es gibt eine zweite Zwischenbemerkung, von der Frau Abgeordneten Sengl vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Frau Abgeordnete, bitte warten Sie noch eine Sekunde, damit Sie auch die notwendige Ruhe erfahren. Danke. – Bitte schön.

Gisela Sengl (GRÜNE): Ich will nur etwas richtigstellen: Der Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln ist in Naturschutzgebieten nicht grundsätzlich verboten. Das kam in der Antwort auf eine Anfrage zum Plenum des Herrn Kollegen Zwanziger heraus. Er hat nach Bewirtschaftungskriterien gefragt. Die Antwort der Staatsregierung lautete: Es ist nicht grundsätzlich verboten. – Das ist das eine.

Zum anderen möchte ich von Ihnen Folgendes wissen: Sie haben gesagt, Getreideanbau sei nur mit Fungiziden, also mit chemischen Pflanzenschutzmitteln, möglich, um Schimmelpilze zu verhindern. Ist dann Ihr Umkehrschluss – weil ich da chemische

Pflanzenschutzmittel nicht hernehmen darf –, dass biologisches Getreide immer mit Schimmelpilzen verseucht ist?

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Eine spitzfindige Frage!)

Martin Schöffel (CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen, zunächst will ich mal sagen, dass es völlig fehl am Platze ist, hier darzustellen, dass in gesetzlich geschützten Biotopen Pflanzenschutzmittel in großem Stil eingesetzt werden. Ausnahmen sind natürlich immer dann möglich, wenn Epidemien drohen und es dringend notwendig ist. Es gibt strengste Regularien, und in Naturschutzgebieten und außerhalb von landwirtschaftlichen Flächen werden diese Mittel nicht eingesetzt. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist Ihre Frage, wie es im Getreideanbau des Ökolandbaus ist. Natürlich ist das Wachstum von Fusarien nicht jedes Jahr gleich. Das sollten Sie als angebliche Landwirtin wissen,

(Unruhe bei den GRÜNEN – Volkmar Halbleib (SPD): Ein bisschen Anstand kann man schon einfordern!)

dass das Wachstum des Getreides, je nachdem, wie die Witterung ist, wie die Feuchtigkeit ist und wie das Pflanzenwachstum ist, total unterschiedlich ist. Sie wissen auch, dass die meisten Anträge auf Notfallzulassungen für Pflanzenschutzmittel in Europa von den Ökobauern gestellt werden und es eben Jahre gibt, in denen der Einsatz von Fungiziden auch im Ökolandbau notwendig ist, weil sonst die Ernte total verdirbt.

(Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Es kann im Einzelfall passieren, dass ein Totalverlust von Getreide droht. Wenn die Werte von Mykotoxinen, von DON und ZEA und diesen Fusarien-Toxinen, –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Kommen Sie bitte zum Ende, Herr Kollege!

Martin Schöffel (CSU): entsprechend überhöht sind, dann ist das Getreide für die menschliche Ernährung und die tierische Ernährung nicht mehr zu gebrauchen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Quatsch! – Gisela Sengl (GRÜNE): Sie wollen für alles Chemie verwenden!)

Das wollen wir doch alle miteinander verhindern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Ein bisschen Aufklärung kann nicht schaden!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von FREIEN WÄHLERN und CSU auf Drucksache 18/6159 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der FDP und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der AfD. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/6211 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Weitere Zustimmung sehe ich nicht. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und der AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Stimmenthaltungen? – Nein, keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.